

Perspektive
Berufsabschluss



 jumpers net

Jugend mit Perspektive

1. Zwischenbericht FKZ 01NK0807



Koordinierungsstelle Regionales
Übergangsmanagement im Salzlandkreis
Berichtszeitraum: 01.05.2008 – 31.12.2008



Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



ESF
Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION

1. Zwischenbericht 01.05.2008 – 31.12.2008

Zuwendungsempfänger:

Salzlandkreis, 06400 Bernburg (Saale)

Förderkennzeichen:

01NK0807

Vorhabensbezeichnung:

„Regionales Übergangsmanagement. Aufbau einer Koordinierungsstelle im Salzlandkreis – zur modellhaften Umsetzung eines strategischen Konzeptes zur strukturellen Verbesserung der Kooperation der regionalen Akteure im Bereich Übergang Schule-Beruf.“

Laufzeit des Vorhabens:

01.05.2008 – 31.03.2012

Berichtszeitraum:

01.05.2008 – 31.12.2008

1. **Aufzählung der wichtigsten wissenschaftlich-technischen Ergebnisse und anderer wesentlicher Ergebnisse**

Organisationsstruktur und Personal

Die verwaltungsinterne Zuordnung der Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement im Salzlandkreis erfolgte an das Dezernat IV, Beschäftigung, Bildung, Kultur und Soziales. Die Koordinierungsstelle ist damit direkt der Dezernentin unterstellt. 3 regionale Koordinatoren haben für die Regionen Bernburg, Schönebeck und Aschersleben-Staßfurt ihre Arbeit aufgenommen.

Für die Büroorganisation und die Verwaltung/Abrechnung der Fördermittel wurde das RÜM zum 01.08.2008 mit einer Verwaltungskraft komplettiert.

Für den operativen Bereich wurden in Bernburg (Büro in der KVHS), in Schönebeck (Verwaltung SLK) und in ASL-SFT (Verwaltung SLK) regionale Standortbüros als "Kontaktmöglichkeit um die Ecke" eingerichtet.

Die Leitung der Koordinierungsstelle erfolgt durch eine vom Salzlandkreis gestellte Beamtin.

Aktivitäten (Veranstaltungen, Workshops, Gespräche) im Berichtszeitraum

17. Juli 2008: Auftaktveranstaltung

- Informationen zum Förderprogramm
- Aufgaben und Meilensteine des Regionalen Übergangsmanagements
- Anregung zur Zusammenarbeit im geplanten Netzwerk
- Überzeugung von Philosophie

80 Teilnehmer aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Verwaltung

18.06.2008: hausinterner Workshop des Regionalen Übergangsmanagement

- Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung; Förderinitiative 1: „Regionales Übergangsmanagement“, Gegenstand der Förderung
- Projektumsetzung im Salzlandkreis, Ausgangssituation
- Was ist ein erfolgreiches Übergangsmanagement, lassen sich Gelingungsbe-

- dingungen“ benennen, welche Erfolgsindikatoren gibt es? Welche Bedingungen sind allen gemeinsam, welche sind zielgruppenabhängig oder regional bestimmt?
- Diskussion/Vorstellungen/Wünsche aus Sicht der Fachämter zu den Themen:
 - Ziele
 - Inhalte
 - Organisation
 - Lokale Problemdiagnose
 - Welche Daten sind verfügbar?
 - Welche Daten werden benötigt?
 - Zielgruppendefinition
- Jeweils im Kontext zum Regionalen Übergangsmanagement.

01.09.2008: Haushalts- und Finanzausschuss

- Vorstellung des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung; Förderinitiative 1: „Regionales Übergangsmanagement“, Gegenstand der Förderung
- Projektumsetzung im Salzlandkreis

02.09.2008: Gesundheits- und Sozialausschuss

- Vorstellung des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung; Förderinitiative 1: „Regionales Übergangsmanagement“, Gegenstand der Förderung
- Projektumsetzung im Salzlandkreis

09.09.2008: Schul- und Kulturausschuss

- Vorstellung des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung; Förderinitiative 1: „Regionales Übergangsmanagement“, Gegenstand der Förderung
- Projektumsetzung im Salzlandkreis

24./25.09.2008: DJI-Expertengespräche zur Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmanagement“ im Salzlandkreis

- Fallstudien in Form von Expertengesprächen, deren Ergebnisse (Analytische Berichte) der Arbeit vor Ort zugute kommen sollen

TN: Ämter 40, 41, 51, 54, 55, Kompetenzagentur, KoBa (Kommunale Beschäftigungsagentur) SBK, ARGE Aschersleben-Staßfurt, GFW (Wirtschaftsförderergesellschaft) Aschersleben-Staßfurt, Agentur für Arbeit Magdeburg, Geschäftsstelle Schönebeck

Identifizierung und Information potentieller Netzwerkpartner

Für die Erarbeitung einer fundierten Situationsanalyse des Übergangsgeschehens im Salzlandkreis wurde alle potentiellen Netzwerkpartner identifiziert und mit den jeweiligen Regionalen Koordinatoren Einzelgespräche geführt. Über die systematische Recherche wurden ca. 90 potentielle Netzwerkpartner identifiziert, die ein Interesse an einer Kooperation im Netzwerk bekundet haben. Des Weiteren ergaben sich eine Reihe weiterer interessanter Kontakte, insbesondere auch zu Wirtschaftsunternehmen, die für die Netzwerkaktivitäten besonders wichtig sind.



1. Zwischenbericht 01.05.2008 – 31.12.2008

Zur Konsolidierung und Abstimmung der Netzwerkarbeit wurde die Einrichtung regionaler Arbeitskreise vorbereitet.

Öffentlichkeitsarbeit

Für das RÜM wurden geeignete Instrumente für eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit entwickelt (RÜM- Style-Guide, Visitenkarten, Logo, Flyer, Banner).

Um allen MA der Koordinierungsstelle RÜM, die alle vorher nicht Projekt orientiert arbeiteten, zur Projektidentifikation hinzuzuführen, wurde in Zusammenarbeit mit einem Projektmanagement- und Medien-Unternehmen der CI-Findungsprozess begleitet (SWOT-Analyse (Stärken/Schwächen, Chancen/Risiken), Leitsätzen, Ziel- und Dialoggruppen, Alleinstellungsmerkmalen, Taktik und Maßnahmen sowie Qualitätskontrolle für das regionale Übergangsmanagement).

Im Verlauf der CI- Prozesses wurde folgende Leitsätze entwickelt:

Leitsätze des RÜM

- I. Das Regionale Übergangsmanagement schafft Strukturen, die ein Gelingen des Übergangs von der Schule zum Beruf für alle Jugendlichen ermöglicht, unabhängig von Rechtskreisen.
- II. Das Regionale Übergangsmanagement achtet auf Chancengleichheit und damit auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.
- III. Das Regionale Übergangsmanagement stimmt Prozesse verschiedener Institutionen im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft aufeinander ab. Fehlende Förderangebote, Handlungsbedarfe werden identifiziert und initiiert.
- IV. Das Regionale Übergangsmanagement muss „Systemversther“ sein, der zwischen den interagierenden Akteuren „Nahtstellen“ schafft.
- V. Das Regionale Übergangsmanagement forciert ziel-, ressourcenorientierte und ganzheitliche Abläufe des Abstimmungsprozesses im Übergangsgeschehen.
- VI. Die Regionalen Koordinatoren nehmen zwischen den Netzwerkpartnern eine Moderatoren- oder Mediatorfunktion ein. Sie denken und handeln strategisch.
- VII. Das Regionale Übergangsmanagement entwickelt mit den Netzwerkpartnern gemeinsame Ziele und fördert die Transparenz zwischen den Partnern, um Missverständnisse, Konkurrenzgedanken und Parallelstrukturen zu verhindern.
- VIII. Die Regionalen Koordinatoren wahren Neutralität und Akzeptanz des Regionalen Übergangsmanagements und sichern so eine konstruktive Zusammenarbeit der Netzwerkpartner.

FKZ 01NK0807

- IX. Das Regionale Übergangsmanagement wirbt für gemeinsam wahrgenommene Verantwortung statt Zuständigkeitsdenken.
- X. Das Regionale Übergangsmanagement erzeugt bei den Netzwerkpartnern die Bereitschaft, bisherige Gleise zu verlassen und die gegebenen rechtlichen Spielräume für gemeinsame Lösungen ganz auszuloten.
- XI. Das Regionale Übergangsmanagement motiviert Politik und Übergangsakteure, offen, klar und wertschätzend miteinander zu kommunizieren.
- XII. Das Regionale Übergangsmanagement schafft Qualitätsbewusstsein und fördert durch gemeinsame Qualitätsstandards die Schaffung von Voraussetzungen, dass alle Akteure professionell und vernetzt arbeiten.
- XIII. Das Regionale Übergangsmanagement arbeitet projektorientiert und interdisziplinär und schafft innerhalb der Verwaltung Voraussetzungen und Strukturen, um den Netzwerkpartnern ein erfolgreiches Arbeiten zu ermöglichen.
- XIV. Das Regionale Übergangsmanagement formuliert klare Absichten und Ziele, definiert Aufgaben und Probleme detailliert und verständlich.
- XV. Jeder Netzwerkpartner ist ein „Fenster“ für das gesamte System.

Von wesentlicher Bedeutung für die weitere Öffentlichkeitsarbeit wurde im Berichtszeitraum die Website des RÜM: www.jumpersnet.de realisiert.

2. Vergleich des Stands des Vorhabens mit der ursprünglichen (bzw. mit Zustimmung des Zuwendungsgebers geänderten) Arbeits-, Zeit- und Ausgabenplanung

Mit Zuwendungsbescheid des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 11.08.2008 wurde das Projekt zum rückwirkend zum 01.05.08 bewilligt.

Die Arbeits- Zeit und Ausgabenumsetzung erfolgte planmäßig. Da die geplanten Workshops und die Auftaktveranstaltung auf Grund der erforderlichen Öffentlichkeitsarbeit bereits vor Eingang des Bewilligungsbescheides stattfanden, ergab sich im Berichtszeitraum eine Verschiebung der hierfür eingeplanten Mittel in das Jahr 2009..

3. Haben sich die Aussichten für die Erreichung der Ziele des Vorhabens innerhalb des angegebenen Berichtszeitraumes gegenüber dem ursprünglichen Antrag geändert (Begründung)?

An der Zielerreichung hat sich nichts geändert.



1. Zwischenbericht 01.05.2008 – 31.12.2008

4. Sind inzwischen von dritter Seite Ergebnisse bekannt geworden, die für die Durchführung des Vorhabens relevant sind? (Darstellung der aktuellen Informationsrecherchen nach Nr. 2.1 BNBest-BMBF 98)

Die für die fundierte Situationsanalyse durchgeführten Recherchen im Berichtszeitraum bei den Netzwerkpartnern haben folgende Informationen ergeben, die für die weitere Arbeit des RÜM im SLK wichtig sind, die Durchführung des Vorhabens aber nicht beeinflussen.

Feedback der Netzwerkpartner

- Wachsende Bedeutung einer frühen BO in den allgemeinbildenden Schulen ist generell erkannt.
- Die Rolle von Praktika im Rahmen der BO als Entscheidungshilfe und Voraussetzung für die Berufswahl ist generell bestätigt.
- Über die rechtlichen Regelungen zur Berufswahlvorbereitung hinaus fehlt es an den Schulen an abgestimmten Konzepten, die auf eine qualitativ hochwertige Umsetzung der BO hinzielen (nur vereinzelt gute, sonst mangelhaft oder gar keins).
- Schulen brauchen Partner, schaffen BO nicht allein.
- Lehrerezuständigkeit für BO ist nicht immer eindeutig (wird u. a. auch nebenbei erledigt).
- Zu wenig Zeit für BO, muss stärker in Lehrplan integriert werden.
- BO sollte schon in der 5. Klasse ansetzen.
- Berufswahlreife als Ergebnis der BO und Voraussetzung für Ausbildungsreife muss stärker - in den Mittelpunkt gerückt werden: Wo will ich hin, wo stehe ich und wie komme ich dahin? (Eigeninitiative entwickeln).
- Schüler (SP Hauptschule) sind wenig motiviert, oft keine Berufsvorstellung.
- BRAFO flächendeckend an allen Sekundarschulen. Was darüber hinaus vorhanden ist, ist oft vom persönlichen Engagement der Lehrer abhängig.
- Vier Tage BRAFO nicht ausreichend. BRAFO muss besser auf Schulablauf abgestimmt werden. Keine Kontinuität durch Trägerwechsel.
- Elternarbeit intensivieren. Frage: Wie holen wir die Eltern ins Boot?
- BO-Weiterbildung und Qualifizierung der Lehr- und Ausbildungskräfte muss geregelt werden.
- Mehr Kontinuität in BO bringen. So flexibel gestalten, dass auch kurzfristige Prozesse der Um- und Neuorientierung unterstützt werden können.
- BO an Ganztagschulen etablieren.
- Stärkere Einbeziehung von Berufswahltests in BO.
- Dokumentierung der BO ist wichtig (Berufswahlpass o. ä.)
- BO muss fächerübergreifend stattfinden (Angelegenheit der ganzen Schule).
- Nachbereitung der Betriebspraktika ist wichtig.
- Praktikum mit Lernaufgabe verbinden.
- Kritik der Wirtschaft hinsichtlich der Ausbildungsreife der Jugendlichen. Es fehlen Schlüsselkompetenzen. Schulbildung entspricht nicht den Leistungsanforderungen (zu hohe Klassenstärken).
- Leistungsanforderungen der Unternehmen sind oft zu hoch.
- Praxisnähe in BO gewährleisten. Praktika nutzen für gegenseitiges Kennenlernen und zur Lehrlingsauswahl.

FKZ 01NK0807

- Zu geringes Angebot an qualifizierten Praktikumsplätzen.
- Engere Verbindung mit Wirtschaft. Initiativen aus der Wirtschaft sind notwendig.
- Zu wenig Ausbildungsplätze für „Einfachberufe“.
- Sozialpädagogische Arbeit an den Schulen verstärken (verstärken soziales Gefälle nimmt zu).
- Es fehlen finanzielle Mittel um allen Schülern z.B. die Arbeit mit dem Berufswahlpass zu ermöglichen oder Fahrkosten (gerade im ländlichen Raum) zum Praktikum zu decken.
- Abgänger von Förderschulen werden hauptsächlich in überbetriebliche Ausbildungsplätze vermittelt. Sind während der Ausbildung hoch motiviert, haben aber kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt
- Zusammenarbeit der BBS mit den Schulen muss verbessert werden (Probleme am Übergang, keine Verlaufsdaten, kein Feedback.).
- Schulische Ausbildung an der BBS ist unzureichend.
- Kritik vor allem an BVJ: Wird seiner Aufgabe nicht gerecht. Keine Perspektive, keine Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule.
- Sozialpädagogische Arbeit an BBS stärken.

Angewandte Instrumente / Maßnahmen zur Berufsorientierung (BO)

- Durch die Allgemeinbildenden Schulen
- Schülerbetriebspraktika (gesetzlich geregelt)
- Berufserkundungen in Betrieben
- Bewerbertraining
- Einbeziehung von Experten aus Betrieben
- BO durch das Arbeitsamt
- BO durch Unternehmen
- Elternveranstaltungen
- Besuche im BIZ
- Besuch von Berufsinformationstagen oder -messen
- Veranstaltung eigener Berufsinformationstage oder -messen
- Schülerfirmen
- Fächerübergreifende BO
- Dokumentation aller BO-Aktivitäten (Berufswahlpass o.ä.)
- Unterrichtstage in der Praxis
- Einbeziehung der Lehrer in die Praktika
- Berufsorientierung mit Bildungsträgern (Förderprogramme)
- Nutzung von jumpersnet
- Ehemalige Schüler vermitteln Wissen (Studienbörse)
- Teilnahme Girlsday / Zukunftstag
- Zentren für Produktives Lernen

Berufsschule

- BVJ
- BVB

Agentur für Arbeit

- BO auf Grundlage SGB III



1. Zwischenbericht 01.05.2008 – 31.12.2008

Träger der Grundsicherung:

- Maßnahmen gemeinsam mit AfA auf Grundlage SGB III
- Arbeitsgelegenheiten mit Qualifizierungsanteil SGB II
- EQ

Laufende Projekte über Bildungsträger

- Maßnahmen nach SGB III über Bildungsträger (z. B. EQ, abh, Nachholen Hauptschulabschluss)
- BRAFO flächendeckend an allen Sekundarschulen
- Berufsorientierung für Schulen / Praxistage in Werkstätten / Polytechnischer Unterricht
- Kompetenzagentur (ASL/SFT)
- Schulverweigerung – Die 2. Chance (SBK,ASL/SFT)
- Berufseinstiegsbegleiter (SBK, ASL/SFT)
- Jobstarter
- Jobstarter Connect
- Projekte zur Vermeidung von Schulversagen (Schulsozialarbeit)
- Frühe BO für Förderschulen
- Ran an die Maus (SBK)
- Umweltprojekte
- MOTZ
- LOPA (SBK)

5. Sind oder werden Änderungen in der Zielsetzung notwendig?

Das Projekt findet großes Interesse bei den Netzwerkpartnern. Dies zeigt, dass ein hoher Bedarf für eine abgestimmte Netzwerkarbeit besteht. Aus dem Berichtszeitraum heraus ergeben sich keine Änderungen in der Zielsetzung und dem inhaltlichen Arbeitsplan.

6. **Forschreibung des Verwertungsplans.** Diese soll, soweit im Einzelfall zutreffend, Angaben zu folgenden Punkten enthalten (Geschäftsgeheimnisse des Zuwendungsempfängers brauchen nicht offenbart zu werden):
- Erfindungen/Schutzrechanmeldungen und erteilte Schutzrechte, die vom Zuwendungsempfänger oder von am Vorhaben Beteiligten gemacht oder in Anspruch genommen wurden, sowie deren standortbezogene Verwertung (Lizenzen u.a.) und erkennbare weitere Verwertungsmöglichkeiten,
 - Wissenschaftliche Erfolgsaussichten nach Projektende (mit Zeithorizont) – z.B. auch funktionale/wirtschaftliche Vorteile gegenüber Konkurrenzlösungen, Nutzen für verschiedene Anwendergruppen/-industrien am Standort Deutschland, Umsetzungs- und Transferstrategien (Angaben, soweit die Art des Vorhabens dies zulässt),
 - Wissenschaftliche und/oder technische Erfolgsaussichten nach Projektende (mit Zeithorizont) – u.a. wie die geplanten Ergebnisse in anderer Weise (z.B. für öffentliche Aufgaben, Datenbanken, Netzwerke, Transferstellen etc.) genutzt werden können. Dabei ist auch eine etwaige Zusammenarbeit

FKZ 01NK0807

- mit anderen Einrichtungen, Firmen, Netzwerken, Forschungsstellen, u.a. einzubeziehen,
- Wissenschaftliche und wirtschaftliche Anschlussfähigkeit für eine mögliche notwendige nächste Phase bzw. die nächsten innovatorischen Schritte zur erfolgreichen Umsetzung der Ergebnisse

Aus dem Berichtszeitraum heraus ergeben sich keine wesentlichen Änderungen zum Verwertungsplan im Vergleich zur Antragstellung.

Nach der fundierten Situationsanalyse werden die Informationen zusammengeführt und dokumentiert. In der nächsten Phase erfolgt dann die Analyse (Stärken- und Schwächen-Analyse), wobei es gilt, diese auf die Ebene des Salzlandkreises zu abstrahieren.

Auf der Grundlage der Analyse findet in einem nächsten Schritt die Konsolidierung und Abstimmung der bereits vorhandenen Aktivitäten innerhalb des Netzwerks statt. Ziel ist es, die Angebote zu koordinieren und für die Jugendlichen den Zugang an einer möglichst zentralen und neutralen Stelle als Gesamtangebot zu eröffnen. Parallel dazu müssen an den Stellen, an denen die Bemühungen und Maßnahmen nicht ausreichend sind, neue Angebote entwickelt und etabliert werden. Darauf basierend wird durch einzuberufende Projekt- und Arbeitsgruppen ein adäquates Handlungskonzept entwickelt, das Qualitätsstandards formuliert, Verantwortlichkeiten vereinbart und Ressourcen bündelt und diese verbindlich festschreibt. Für die Umsetzung des Vorhabens bedeutet dies auf der Landkreisebene verbindliche Abstimmungsprozesse mit den verantwortlichen Institutionen einzuleiten und die vorhandenen Kompetenzen in den Verhandlungsprozess einzubeziehen. Damit soll es gelingen, eine institutionsübergreifende Vereinbarungskultur zu etablieren, die über den Vorhabenszeitraum hinaus nachhaltig wirkt.

Der Bedarf an zusammengefassten, transparenten Informationen zum Übergangsgeschehen im Kontext zum Salzlandkreis zeigt, dass verstärkt an der Umsetzung einer Gesamtmedienstrategie gearbeitet werden muss. Für den kommenden Berichtszeitraum wird daher der weiterer Ausbau des Portals jumpersnet.de zur Intensivierung der Kommunikation und zur Erhöhung der Transparenz des Maßnahme- und Beratungsangebotes, im Vordergrund stehen.

